

Jörn Böhme, Christian Sterzing

KLEINE GESCHICHTE DES ISRAELISCH- PALÄSTINENSISCHEN KONFLIKTS

8. überarbeitete, erweiterte und aktualisierte Auflage



WOCHEN
SCHAU
VERLAG

Jörn Böhme, Christian Sterzing

Kleine Geschichte des
israelisch-palästinensischen
Konflikts

Jörn Böhme, Christian Sterzing

Kleine Geschichte des israelisch-palästinensischen Konflikts



**WOCHEN
SCHAU
VERLAG**

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© WOCHENSCHAU Verlag,
Dr. Kurt Debus GmbH
Frankfurt/M.,
8., überarbeitete, erweiterte und aktualisierte Auflage 2018

www.wochenschau-verlag.de

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieses Buches darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie oder einem anderen Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet werden.

Titelbild: Amit Shabi/laif
Gesamtherstellung: Wochenschau Verlag
Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier
ISBN 978-3-7344-0583-9 (Buch)
E-Book ISBN 978-3-7344-0585-3 (EPUB)
ISBN 978-3-7344-0584-6 (PDF)

Inhalt

Zur Einführung	7
Zur Vorgeschichte des Konflikts	11
Die Entstehung des Zionismus	12
Englands Politik im Nahen Osten	14
Jüdische Besiedlung Palästinas	17
Arabischer Nationalismus	19
Juden und Araber unter dem britischen Mandat	21
Gründungsphase des Staates Israel (1947/48)	26
Flucht und Vertreibung – die „Nakba“	28
Der neue Staat Israel entsteht	30
Die Sinai-Aktion (1956)	31
„Sechs-Tage-Krieg“ und „Naksa“ (1967)	32
Die Palästinensische Befreiungsbewegung (PLO)	36
Der Oktober-Krieg (1973)	41
Das Abkommen von Camp David (1978)	43
Der erste Libanon-Krieg (1982)	45
Die erste Intifada (1987–1991)	47
Der zweite Golfkrieg (1991)	51
Internationale Friedenskonferenz in Madrid (1991)	53
Der Durchbruch in Oslo (1993)	55
Das Interimsabkommen (Oslo II)	58
Die Ermordung Jitzchak Rabins (1995)	62
Die erste Regierung Netanjahu (1996–1999)	63
Die Regierung Barak (1999–2001) und die Verhandlungen in Camp David	65
Die <i>Al-Aksa</i> -Intifada (2000)	72
Neuwahlen in Israel (2001)	75
Eskalation der Gewalt (2002)	77
Die „Roadmap for Peace“ (2003)	80
Die „Trennungsmauer“	84
Neue Friedensinitiativen	87
Unilateraler Rückzug aus dem Gazastreifen (2005)	90
Palästinensischer Neuanfang? (2005)	91

Friedenspolitischer Neuanfang?	93
Parteipolitische Umwälzungen in Israel (2006)	94
Palästinensischer Tsunami (2006)	95
Krieg im Gazastreifen und im Libanon (2006).....	98
Die Spaltung Palästinas (2007)	101
Kriege im Gazastreifen (2008/09, 2012, 2014)	104
Rechtsruck in Israel (2008–2017)	113
Palästina in der UN (2011–2017)	117
Arabische Aufstände (2011–2017)	119
Der palästinensische Versöhnungsprozess (2011–2017) ...	122
Stillstand im Friedensprozess (2007–2017)	128
Bedrohung durch das iranische Atomprogramm?.....	138
Boykott gegen Israel?	140
Ein schwieriges Dreiecksverhältnis	144
Zwei Staaten für zwei Völker?	149
Ausblick	156
Chronologie	167
Literatur- und Medienempfehlungen	183
Autoren	189

Kartenverzeichnis

Karte 1: Palästina unter britischer Mandats Herrschaft	22
Karte 2: Teilungsplan der Peel-Kommission (Peel-Plan), 1937	25
Karte 3: UN-Teilungsplan und Waffenstillstandslinien	29
Karte 4: Israel und besetzte Gebiete, 1967	33
Karte 5: Zonenaufteilung der Westbank	60
Karte 6: Israelische Friedensvorschläge von Camp David, 2000	69
Karte 7: Siedlungen und Trennungswand	85
Karte 8: Genfer Initiative	89

Zur Einführung

Mit dieser kurz gefassten Geschichte des israelisch-palästinensischen Konflikts können und sollen die zahlreichen Publikationen zu diesem Thema nicht ersetzt werden. Vielmehr ist dieses Buch ausschließlich dazu gedacht, eine übersichtliche Darstellung an die Hand zu geben, mit der vor allem wichtige Wendepunkte und Entwicklungslinien hervorgehoben werden sollen. Die Hoffnung der Autoren ist es, dass diejenigen, die sich mit Hilfe dieses schmalen Bandes eine erste Schneise in die Fülle der Daten und Meinungen schlagen, angeregt werden, tiefer zu bohren und sich anderen Auffassungen auszusetzen. Anregungen dazu mögen die Leserinnen und Leser den Literatur- und Medienempfehlungen am Schluss des Buches entnehmen.

Gerade für den Konflikt um Israel/Palästina gilt, dass historische Darstellungen sehr häufig der Legitimation politischer Ansprüche dienen. Damit wird Geschichts- und Erinnerungspolitik betrieben. Geschichtsschreibung ist eben nicht nur eine Aneinanderreihung von historischen Daten und Fakten, sondern die Selektion und Interpretation von Ereignissen der Vergangenheit zum Zwecke der Schaffung eines kollektiven Narrativs. Die dahinter verborgene – zunächst völlig legitime – Intention ist eine pädagogische und politische, geht es doch darum, aus „der“ Geschichte zu lernen. „Geschichte“ als kollektive Erinnerung ist somit immer ein Produkt spezifischer, von Interessen geleiteter Geschichtsschreibung, die der erzieherischen Prägung von Menschen und legitimatorischen Grundlegung politischer Ansprüche dient. Dies gilt auch und gerade für Israel und Palästina. Nicht selten jedoch führt die Aktualität des Konflikts zur Geschichtsklitterung, zur Mythenbildung, zu „Halbwahrheiten“. Wir haben uns bemüht, mit diesem Buch eine Darstellung vorzulegen, die beide Seiten, wenn sie ihnen auch nicht gerecht werden kann, so doch einigermaßen fair darstellt. Mit der Berücksichtigung der beiden nationalen Narrative haben wir einen multiperspektivischen Ansatz gewählt, da wir der

Überzeugung sind, dass eine „objektive“ Darstellung angesichts der Aktualität des Konflikts kaum möglich ist. Nur die Kenntnis und das Verständnis der kollektiven Traumata und Narrative beider Konfliktparteien können Wege zu einer friedlichen Konfliktregelung eröffnen.

Die folgende Darstellung ist ebenso wenig voraussetzungslos wie irgendeine andere. Deshalb wollen wir die unserer Darstellung zugrundeliegende Haltung deutlich machen: Wir haben in den letzten Jahrzehnten im Vorstand des Deutsch-Israelischen Arbeitskreises für Frieden im Nahen Osten (diAk) mitgearbeitet. Seit seiner Gründung 1977 beschäftigt sich der Arbeitskreis mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt vor dem Hintergrund der Tatsache, dass Millionen Juden von Deutschen ermordet wurden, und dass viele der heutigen Staatsbürger Israels Entkommene oder Nachkommen von Opfern dieses Massenmordes sind. Dass die damals Entkommenen in ihrer übergroßen Mehrheit verständlicherweise keine Perspektive mehr für ein Leben in Europa sahen, sondern ihr Leben frei von der Bedrohung und Bevormundung durch die sie umgebenden, antisemitisch eingestellten Gesellschaften gestalten wollten, ist das wesentliche Motiv dafür, dass der diAk für das Recht des Staates Israel auf gesicherte Existenz eintritt. Dass dies im Fall des Staates Israel eigens betont werden muss, erklärt sich aus der Fortexistenz antisemitischer Einstellungen, die den Staat Israel ebenso ablehnen wie islamistische und dschihadistische Kräfte und iranische Regierungen. Nach unserer Überzeugung ist Frieden mit den Nachbarn Voraussetzung für die gesicherte Existenz Israels. Voraussetzung für einen Frieden im Nahen Osten ist aber, dass das Streben der palästinensischen Araber nach nationaler Selbstbestimmung verwirklicht wird. Daraus folgt für die Darstellung des israelisch-palästinensischen Konflikts:

- Wir nehmen zur Kenntnis, dass zwei Völker Anspruch auf dasselbe Land erheben. Im Konflikt um Israel/Palästina steht nicht Recht gegen Unrecht, sondern Anspruch gegen Anspruch.

- Da die Exklusivität der jeweiligen Ansprüche zur Negation konkurrierender Ansprüche führt, ist im Bewusstsein der Bevölkerungen eine gerechte Teilung des Landes im Grunde unmöglich. Der Verzicht auf die Exklusivität jeglicher Ansprüche ist somit Kern aller Friedensbemühungen.
- Deshalb sehen wir in dem mühsamen Versuch, die beiden konkurrierenden Ansprüche miteinander zu vermitteln, die einzige Alternative zu einem endlosen Kriegszustand. Allenfalls durch einen solchen Vermittlungsversuch könnte das subjektive Empfinden, Rechte aufzugeben bzw. Unrecht zu erfahren, in so erträglichen Grenzen gehalten werden, dass gewaltförmige Versuche, das Unrecht zu korrigieren, aufgegeben werden.
- Daraus resultiert die Unmöglichkeit, diese Konfrontation alleine von außen zu „lösen“. Allerdings zeigen Jahrzehnte erfolgloser Verhandlungen, dass die Konfliktparteien bei der zivilen Konfliktbearbeitung auch der Unterstützung externer Akteure bedürfen.
- Eine friedliche Regelung dieses asymmetrischen Konflikts wird nur dauerhaft sein können, wenn sie menschen- und völkerrechtliche Normen berücksichtigt.

Jede Konfliktregelung, die den Anspruch erhebt, fair und dauerhaft zu sein, fordert für viele Menschen in der israelischen wie der palästinensischen Gesellschaft eine Relativierung der aus dem nationalen Selbstverständnis abgeleiteten Ansprüche. Das historische Mandatsgebiet Palästina ist für beide Völker Heimat, die Verbindung zum ganzen Land ist jeweils tief in der kollektiven Erinnerung beider Völker verwurzelt. Nur wer diese Dimension des Konflikts für die jüdisch-israelische und die palästinensisch-arabische Bevölkerung begreift, versteht, dass es nicht nur um irgendwelche Grenzen oder Gebietsansprüche, nicht nur um die Okkupation eines schmalen Landstrichs im Nahen Osten und auch nicht „nur“ um die notwendige Beendigung der andauernden Menschenrechtsverletzungen durch eine Besatzungsmacht geht.

Wir freuen uns, hiermit die achte Auflage der „Kleinen Geschichte“ vorlegen zu können. Wir haben die Entwicklungen der letzten Jahre nachgezeichnet, wichtige Diskurse zum Verständnis aktueller, politischer Kontroversen skizziert, die Chronologie ergänzt und die Literatur- und Medienempfehlungen aktualisiert. Gleichzeitig wurde der bisherige Text wiederum gekürzt, um den begrenzten Umfang einer „kleinen“ Geschichte nicht zu sprengen.

Oktober 2017

Jörn Böhme und Christian Sterzing

Zur Vorgeschichte des Konflikts

Um das Jahr 1000 v. Chr. etablierten die Vorfahren der heutigen Juden, die Israeliten, mit der Monarchie König Davids ihre Herrschaft über Kanaan, wie der Landstrich zwischen Mittelmeer im Westen und arabischer Wüste im Osten, Libanon-Gebirge und Hermon im Norden und Negev-Wüste im Süden damals genannt wurde. (Der Name „Land Israel“ [*eretz jisrael*] setzte sich jüdischerseits in der Epoche des 2. Tempels [587 v. bis 70 n. Chr.] durch. Der Name „Palästina“ wurde ihm 135 n. Chr. von den römischen Besatzern gegeben.)

Nach einer wechselvollen Geschichte von staatlicher Selbstständigkeit, politischer Abhängigkeit und Streben nach Selbstbestimmung wurden die Juden nach der Niederschlagung ihres letzten Aufstands im Jahre 135 n. Chr. zum Großteil zur Emigration aus der Provinz Judäa gezwungen; das Betreten der Stadt Jerusalem war ihnen verboten. Gleichwohl bildeten sie in Galiläa, auf dem Golan und östlich des Jordan nach wie vor die Mehrheitsbevölkerung. Erst die Verschärfung der Repression, seitdem das Christentum zur Staatsreligion geworden war, führte dazu, dass das geistige Zentrum des Judentums sich nach Mesopotamien verlagerte und die jüdische Bevölkerung im Lande zur Minderheit wurde. Die in alle Welt zerstreuten Juden allerdings hielten die Erinnerung an die historische Heimat fest und gaben die religiöse Hoffnung auf Rückführung in das Land der Väter am Ende der Tage niemals auf.

Im Jahr 638 wurde Palästina von den Arabern erobert. Die bis dahin mehrheitlich christlich-hellenistische Bevölkerung wurde in wenigen Jahrzehnten bis auf kleine Minderheiten – darunter auch Juden – religiös islamisiert und kulturell arabisiert. Diese Prägung behielten die Bewohner auch unter der Herrschaft der Türken (1516–1918) bei.

Wie in der übrigen islamischen Welt seit dem 7. Jh. auch, lebten Christen und Juden in Palästina im 19. Jh. im Status von *Dhimmis*, d.h. Angehörigen der besonders geschützten, aber nur

mit eingeschränkten Rechten ausgestatteten „Gemeinschaften des Buches“ (der Bibel). Keine der drei Religionsgruppen hätte sich eine andere Konstruktion ihres Zusammenlebens vorstellen können; die Idee, sich nach europäischem Vorbild entlang der Grenzen von „Nationen“ voneinander abzusetzen, lag gänzlich fern. Der Konflikt zwischen den arabischen und den jüdischen Bewohnern Palästinas, der spätestens mit der Gründung des Staates Israel immer wieder auch die Dimension eines Konflikts zwischen dem jüdischen Gemeinwesen und seinen arabischen Nachbarstaaten annahm, nahm seinen Ausgang denn auch in Europa.

Die Entstehung des Zionismus

Zwei Faktoren haben das Entstehen des modernen Zionismus entscheidend geprägt:

- der fortdauernde Antisemitismus in Mittel- und Osteuropa und
- das Anwachsen des europäischen Nationalismus.

Während die jüdischen Gemeinden in Osteuropa am Ende des 19. Jahrhunderts noch immer in Ghettos lebten, vollzog sich in Mitteleuropa eine zunehmende Befreiung (Emanzipation) der Juden von dem Status einer unterdrückten und diskriminierten Volksgruppe. Die Eingliederung der Juden geschah allerdings häufig um den Preis der weitgehenden Aufgabe ihrer religiösen und kulturellen Identität und durch Anpassung an die politischen und gesellschaftlichen Umstände des jeweiligen Landes (Assimilation). So sahen sich viele Juden damals vor die Alternative gestellt,

- entweder ihr jüdisches Selbstverständnis als Volks- und Religionsgemeinschaft zu bewahren, dafür aber gesellschaftlich benachteiligt und unterdrückt zu werden
- oder sich kulturell um einer unsicheren Gleichberechtigung willen anzupassen, ohne allerdings vor immer wieder auf-

keimenden antisemitischen Gefühlen und Aktionen sicher sein zu können.

Der jüdische Journalist Theodor Herzl, der als Begründer des modernen Zionismus gilt, sah in dieser verhängnisvollen Alternative von Aufgabe oder Bewahrung der jüdischen Identität keinen befriedigenden Ausweg aus dem Dilemma der Juden. Anlässlich der Dreyfus-Affäre in Frankreich erlebte er, dass auch die Assimilation von Juden in Westeuropa nicht zum Verschwinden des Antisemitismus führte. Herzl interpretierte den Antisemitismus als einen ewigen Zug der menschlichen Natur.

In seinem 1896 erschienenen Buch „Der Judenstaat“ skizzierte er die seiner Meinung nach einzige Lösung der jüdischen Frage: die Errichtung eines eigenständigen jüdischen Staates. Die Tragödie des jüdischen Volkes bestehe darin, ohne eigenen Staat als Fremdkörper unter feindlichen Völkern leben zu müssen. Nur die Gründung eines eigenen Staates könne eine Verwirklichung des jüdischen Selbstverständnisses ermöglichen und bewahre die leidgeprüften Juden vor den furchtbaren Folgen des Antisemitismus.

1897 kam es auf Herzls Initiative zum Ersten Zionistischen Kongress in Basel. Hier wurde mit dem „Land der Vorväter“ – Palästina – die geografische Stoßrichtung dieser Bewegung festgelegt. Die nationalen Vorstellungen Herzls wurden so mit dem religiösen Erbe verbunden, was die politische Wirksamkeit dieser Bewegung entscheidend verstärken sollte. Geschichte gemacht hat das Basler Programm, das auf diesem Kongress verabschiedet wurde und bis zur Gründung des Staates Israel Grundlage zionistischer Politik sein sollte.

Deutlich wurde damals auch schon die Strategie dieser Bewegung:

- Durch diplomatische Bemühungen erhoffte man, die Unterstützung der zionistischen Bestrebungen bei den damaligen Großmächten zu erreichen.
- Die jüdische Kolonisierung Palästinas sollte vorangetrieben werden.

„Für ein Volk ohne Land ein Land ohne Volk“ wurde zum zionistischen Leitmotiv. Die Geburt des modernen politischen Zionismus löste Zustimmung jedoch nur bei einem kleinen Teil der Juden aus. Angesichts der 2.000-jährigen Verfolgung und Unterdrückung des jüdischen Volkes hielten viele Juden Herzs Interpretation des Antisemitismus für völlig losgelöst von den sozialen und politischen Verhältnissen der jeweiligen Epoche. Sie wollten die Hoffnung auf eine gleichberechtigte Integration in den jeweiligen Staat nicht aufgeben.

Die zionistischen Führer versuchten zunächst auf diplomatischem Weg, die Großmächte für ihre Ziele zu gewinnen, indem sie diesen die Errichtung einer „jüdischen Heimstätte“ in Palästina schmackhaft zu machen versuchten. Doch weder der türkische Sultan und der deutsche Kaiser noch die englische Regierung und der russische Zar ließen sich überzeugen.

Englands Politik im Nahen Osten

Erst der Erste Weltkrieg weckte bei den Engländern ein akutes Interesse an dieser Region, galt es doch, im Krieg gegen Deutschland und das Osmanische Großreich Verbündete zu finden und langfristig die Interessen Englands im Nahen Osten zu sichern. Aus diesen Gründen versprach England 1917 in der sogenannten Balfour-Deklaration die Unterstützung der jüdischen Bemühungen um die Errichtung einer nationalen Heimstätte in Palästina.

In der Form eines privaten Briefes des englischen Außenministers an den Führer der britischen Zionisten stellt diese Deklaration nur eine „Sympathieerklärung“ dar. Ihre politische Bedeutung gewann sie dadurch, dass dieser Brief vom Außenminister unterschrieben und vom englischen Kabinett ausdrücklich gebilligt wurde. Für die zionistische Bewegung bedeutete diese Deklaration einen großen diplomatischen Erfolg, mit dem sie ihrem Ziel ein beträchtliches Stück näher gerückt war.

„Balfour-Erklärung“

1917

„Ministerium des Äußeren

2. November 1917

Mein lieber Lord Rothschild,
zu meiner Genugtuung übermittle ich Ihnen namens S.M. Regierung die folgende Sympathieerklärung für die jüdisch-internationalen Bestrebungen, die vom Kabinett geprüft und gebilligt worden ist.

Seiner Majestät Regierung betrachtet die Schaffung einer nationalen Heimstätte in Palästina für das jüdische Volk mit Wohlwollen und wird die größten Anstrengungen machen, um die Erreichung dieses Zieles zu erleichtern, wobei klar verstanden wird, dass nichts getan werden soll, was die bürgerlichen und religiösen Rechte und die politische Stellung nichtjüdischer Gemeinschaften in Palästina oder die Rechte und die politische Stellung der Juden in irgendeinem anderen Land beeinträchtigen könnte. Ich bitte Sie, diese Erklärung zur Kenntnis der zionistischen Föderation zu bringen.

(gez.) James Balfour“

Die vagen Formulierungen in Balfours Brief dokumentieren den Kompromisscharakter dieser Erklärung, denn England hatte vorher schon durch den britischen Hochkommissar in Ägypten McMahon den Arabern in dem so genannten McMahon-Brief ein unabhängiges arabisches Reich versprochen, um sie für den gemeinsamen Kampf gegen die türkische Kolonialherrschaft zu gewinnen. Diese sehr unbestimmten Zusicherungen der Engländer weckten bei den Arabern große Hoffnungen auf nationale Unabhängigkeit.

Das diplomatische Doppelspiel Englands wurde vollends 1917 deutlich, als nach dem Sturz des Zaren die neue russische Regierung ein zwischen Frankreich und England schon 1916

abgeschlossenes Geheimabkommen veröffentlichte. Briten und Franzosen hatten in diesem nach den beiden Unterhändlern benannten Sykes-Picot-Abkommen das nach der Zerschlagung des Osmanischen Großreiches den Arabern zu überlassende Gebiet in eine französische und eine englische Einflusssphäre geteilt, womit die Unabhängigkeit einer souveränen arabischen Nation zunächst unmöglich gemacht worden war. Die Engländer hatten weder die Zionisten und Araber über dieses Abkommen informiert, noch wussten die Franzosen von den im McMahon-Brief gemachten Versprechungen.

Der Oberste Rat der Alliierten übertrug auf seiner Konferenz in San Remo (1920) Großbritannien das Mandat für Palästina. Die Balfour-Deklaration wurde durch den Völkerbund 1922 zum Bestandteil des britischen Mandatsvertrages über Palästina erklärt, sodass England weiterhin verpflichtet war, die Errichtung einer jüdischen Heimstätte in Palästina zu fördern. Nur wenige erkannten damals, dass durch diese Deklaration den Juden ein Staatsgebiet versprochen wurde, ohne dass man die dort lebenden Araber nach ihrer Meinung gefragt hatte.

Die Araber waren die eigentlichen Benachteiligten dieser Abkommen. Mit ihrer Unterstützung war es den Engländern und Franzosen zwar gelungen, 1918 das Osmanische Reich zu besiegen und aus dem Nahen Osten zu vertreiben. Doch der Zusammenschluss der Araber in einem gemeinsamen Staat war verhindert worden; die türkische Kolonialherrschaft war praktisch durch die englische und französische ersetzt worden.

Die Versprechungen, die Großbritannien dem Scherifen von Mekka gemacht hatte, wurden dadurch abgegolten, dass 1921 sein Sohn Feisal zum König des Irak und sein Sohn Abdallah zum Emir von Transjordanien gemacht wurde. Er selber wurde von Ibn Saud aus der arabischen Halbinsel vertrieben. Der irakische Zweig der Dynastie ging in der Revolution General Kassems 1958 unter; die Palästina-Politik des jordanischen Königshauses war bis zum offiziellen Verzicht König Husseins (des Enkels Abdallahs) 1988 auf die Westbank von

dem Bemühen bestimmt, soviel wie möglich vom alten Traum des großarabischen Reiches zu retten.

Jüdische Besiedlung Palästinas

Lange Zeit blieb der Zionismus im Judentum eine Minderheitsbewegung. Das im Vergleich mit den westlichen Staaten zurückgebliebene Palästina mit seinen harten klimatischen Bedingungen übte nur wenig Anziehungskraft aus. Bis 1929 verließen fast vier Millionen vornehmlich aus Osteuropa stammende Juden ihre Heimat, von denen die meisten (ca. drei Millionen) nach Nord- und Südamerika auswanderten. Die Flucht vor dem sich teilweise in blutigen Pogromen entladenden Antisemitismus und dem qualvollen Ghettoleben veranlasste sie zu dem Versuch, sich in westlichen Staaten als assimilierte Juden eine menschenwürdige Existenz aufzubauen. Nur 120.000 bis 150.000 Juden fuhren nach Palästina. Erst nachdem in den 30er Jahren die Verfolgung der Juden in Deutschland immer grausamere Züge annahm und zudem viele Staaten die jüdische Einwanderung drastisch beschränkten, stieg die Zahl jüdischer Siedler in Palästina sprunghaft an.

Schon die wenigen Siedler, die am Anfang des Jahrhunderts das Heilige Land zu ihrer „alten neuen Heimat“ erkoren hatten, begannen zielstrebig, ein jüdisches Gemeinwesen aufzubauen. Diese Pionier-Generation (ca. 100.000 bis 1923) war weniger von religiösen als von sozialistisch-zionistischen Vorstellungen geprägt. Nicht die „religiöse Erlösung“, sondern die „soziale und nationale Wiedergeburt“ des jüdischen Volkes stand für sie im Vordergrund. Die in der Diaspora (Zerstreuung) zerstörten sozialen Strukturen des jüdischen Volkes sollten erneuert werden: Körperliche Arbeit und die Bebauung des Bodens erschienen als entscheidende Voraussetzung für den Aufbau einer lebensfähigen Gemeinschaft. Nicht Ausbeutung

und Unterdrückung, sondern gemeinsame Lebens- und Arbeitsformen sollten die Grundlage einer neuen egalitären Gesellschaft sein.

Die Siedler kauften Boden von arabischen Großgrundbesitzern und errichteten jüdische Siedlungen und Betriebe. Die widrigen Umstände in diesem wüstenartigen und versumpften Land erforderten gemeinsame Anstrengungen. Allein war man zum Scheitern verurteilt. So entstand eine ganze Reihe von genossenschaftlichen Siedlungsformen, von denen der Kibbuz die wichtigste werden sollte. In ihm gab es bei Aufgabe des Privateigentums absolute Gleichheit und kollektive Lebens- und Arbeitsformen.

Die wirtschaftliche und landwirtschaftliche Erschließung des Landes sowie der organisatorische Aufbau der jüdischen Gemeinschaft machten schnelle Fortschritte. Eine Reihe von Organisationen und Institutionen, zum Beispiel der Jüdische Nationalfonds, der die Landkäufe und die Finanzierung der Kolonialisierung koordinierte, und die Jewish Agency, wurden gegründet. Diese entwickelte sich zu einer Art Regierung der jüdischen Gemeinschaft in Palästina und zum entscheidenden Gremium des Zionismus überhaupt.

Die englische Mandatsmacht gewährte der jüdischen Gemeinschaft eine weitgehende Selbstverwaltung. Die Wahrnehmung der kulturellen, sozialen, politischen und wirtschaftlichen Interessen der jüdischen Bevölkerung übertrug sie der Jewish Agency. Diese Autonomie ermöglichte die Bildung von vorstaatlichen Strukturen.

Die rapide Entwicklung war vor allem russischen Einwanderern zu verdanken, die bis in die 20er Jahre hinein den größten Anteil unter den Siedlern stellten. Sehr vereinfacht lassen sich diese Pioniere als tatendurstige, abenteuerlustige, zielstrebige, vom Ideal der nationalen und sozialen Wiedergeburt geprägte Zionisten beschreiben, die dem osteuropäischen Proletariat entstammten und deren Kolonialisierungsarbeit entscheidend durch Spenden von wohlhabenden Juden in den USA und

Westeuropa gefördert wurde. Die nächste Generation von Einwanderern unterschied sich sehr von diesen Pionieren. Nicht der Zionismus, sondern bittere Notwendigkeit führte sie nach Palästina. Für das Anwachsen der Einwanderung in den 30er Jahren waren drei Faktoren verantwortlich:

- Die Beschränkung der amerikanischen Einwanderungsquoten versperrte vielen Juden den Weg in die USA.
- Trotz der weltweiten Wirtschaftskrise herrschte in Palästina relativer Wohlstand.
- Am zahlreichsten kamen jedoch in den 30er Jahren die Juden aus Mitteleuropa, die vor den Verfolgungen durch die Nationalsozialisten flohen.

Mit diesen Einwanderungswellen (von 1924 bis 1948 ca. 450.000) kamen vornehmlich mitteleuropäische Intellektuelle und Kaufleute, Handwerker und Techniker, die im Gegensatz zu den armen osteuropäischen Einwanderern oft eigenes Kapital mitbringen konnten. Diesen Flüchtlingen waren die Vorstellungen von nationaler und sozialer Wiedergeburt nicht so wichtig wie das nackte Überleben und der Aufbau einer neuen privaten Existenz. Sie wollten nicht das Land bebauen, sie zog es in die Städte.

Arabischer Nationalismus

Nach Jahrhunderten kolonialer Unterdrückung entstanden um die Jahrhundertwende im Nahen Osten die Anfänge eines arabischen Nationalismus. Er entwickelte sich vor allem in Gegnerschaft zum türkischen Nationalismus des Osmanischen Reiches, später in Opposition zur zionistischen Siedlungspolitik und zur Vorherrschaft der britischen Kolonialmacht. Die Errichtung der britischen Mandats Herrschaft nach dem Ersten Weltkrieg bedeutete für diese noch schwachen nationalen Kräfte ein „europäisches Diktat und koloniale Amputation“.